

Gutes Essen und gutes Klima für alle

Das Thema Ernährung verbindet Kernbereiche grüner Politik. Die Landwirtschaft entscheidet durch ihren Umgang mit der Natur, dem Klima und der Umwelt sowie dem Tierschutz maßgeblich über den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Weiterverarbeitung und Vermarktung betreffen nicht nur Wirtschafts- und Handelspolitik sondern durch die globalen Verflechtungen in gleichem Maße die Friedens- und Entwicklungspolitik. Die Schäden und Folgen schlechter Ernährung sind zudem ein großer volkswirtschaftlicher Kostentreiber, besonders im Gesundheitswesen und treffen vor allem finanzärmere Bevölkerungsschichten. Und spätestens, wenn das Essen auf dem Teller und das Trinken in der Flasche oder im Glas landen, betrifft Ernährung den Verbraucherschutz. Damit rücken die Themen Daseinsvorsorge, soziale Aspekte und Gerechtigkeitsfragen noch stärker in den Fokus.

GRÜNE Agrar- und Ernährungspolitik ist grüne Politik der ersten Stunde, ihre hohe Bedeutung wird durch aktuell sechs grüne LänderagrarministerInnen dokumentiert.

1. Lebensgrundlagen bewahren: Gute Ernährung schützt Klima, Natur, Umwelt, Ressourcen und Tiere

Der rheinland-pfälzische Landestag hat ein Klimaschutzgesetz mit ehrgeizigen Zielen verabschiedet. Die Art und Weise, wie wir Lebensmittel erzeugen und wie wir uns ernähren, hat erhebliche Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Laut FAO werden 18% der weltweiten Treibhausgasemissionen durch Tierhaltung verursacht. Allein in Deutschland kommen sind 71 % der landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen aus der Tierhaltung. Das ist mehr als der weltweite Transportsektor mit all seinen Autos, Lastwagen, Schiffen und Flugzeugen beiträgt.

Wer es mit dem Klimaschutz ernst meint, muss bei Ernährung, Landwirtschaft und Verarbeitung anfangen. Doch der hohe Fleischkonsum verursacht nicht nur hohe Treibhausgasemissionen. Auch der Flächenbedarf für die Produktion von Futtermitteln ist erheblich. Deutschland importiert beispielsweise allein aus Südamerika GVO-Soja von 2,5 Millionen Hektar Ackerland. Das entspricht 20% der deutschen Anbaufläche. Würden alle Deutschen nur so viel Fleisch essen, wie es die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) empfiehlt, würde eine Fläche von 1,8 Millionen Hektar, der Größe des Bundeslandes Sachsen, frei. Die negativen Auswirkungen dieses Ernährungsstils auf die Welternährung sind massiv. Laut UN-Schätzungen aus dem Jahr 2011 leben 7 Mrd. Menschen auf der Erde. Laut FAO leiden davon 870 Mio. Menschen an Hunger und Unterernährung. Gleichzeitig werden 40 % der Weltgetreideernte für die Tiermast eingesetzt. Zusätzlich geht täglich fruchtbares Ackerland u. a. durch die Folgen des Klimawandels und eine rasant voranschreitende Urbanisierung verloren. So produziert

der Mensch laut UN Schätzungen 23 Hektar Wüste pro Minute - das entspricht der Fläche von rund 30 Fussballfeldern. In einer Welt mit steigendem Druck auf die begrenzten Ressourcen ist die Landverfügbarkeit ein entscheidender Faktor. Die Weltbevölkerung wächst, der Lebensstandard gleicht sich in den wohlhabenden Schichten der Schwellenländer an den der westlichen Welt an. Der Ersatz fossiler Ressourcen durch nachwachsende Rohstoffe erhöht den Bedarf an Anbaufläche zusätzlich. Doch nach wie vor wird viel zu viel Fläche für Siedlungs- und Straßenbau oder den Rohstoffabbau verbraucht. Erosion, bodenzerstörende Produktionsweisen und klimatische Veränderungen verschärfen den Flächendruck. Konzerne und Eliten betreiben Landgrabbing mit seinen schwerwiegenden sozialen und ökologischen Auswirkungen zu Lasten der Armen vor Ort. Grüne Ernährungspolitik ist daher Klima- und Ressourcenschutz.

2. Wirtschaftsgrundlagen im Land erhalten: Wertschätzung für Lebensmittel erhöhen, Wertschöpfung steigern

Unsere Landwirtschaft und ländlichen Räume sind elementar für die Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln und Energie. Angesichts der Unruhen, Kriege und Krisen rund um die Ukraine und Russland, im Nahen Osten oder Afrika steigt ihre existenzielle Bedeutung weiter. 4,5 Millionen Beschäftigte zählt die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft. Sie stellt damit etwa jeden neunten Arbeitsplatz in Deutschland. Dabei sind nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch die Ernährungswirtschaft überwiegend mittelständisch geprägt. Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist mit über 19 000 landwirtschaftliche und weinbauliche Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben mit ihren zahlreichen Sonder- und Dauerkulturbetriebe durch eine besondere Vielfalt gekennzeichnet.

Aber auch in Rheinland-Pfalz ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe weiter rückläufig. Gegenüber 2010 betrug der Rückgang gut 7%. Das ist für den ländlichen Raum eine große Herausforderung. Arbeitsplätze und Wissen gehen verloren. Eine immer stärker auf reine Industrialisierung und kurzfristige Ertragssteigerung ausgelegte Landwirtschaft auf nationaler und globaler Ebene verschärft massiv die Probleme im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes..

Andere Konzepte werden benötigt. Der Erfolg des ökologischen Landbaus in Rheinland-Pfalz, neue umweltschonende Techniken, die modernen Agrarumwelt- und Klimaschutzprogramme oder die z. B. deutliche Zunahme von naturnahen Streuobstflächen zeigen die richtige Richtung auf. Auch die regionale Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte wie unter den Dachmarken bietet gute Möglichkeiten, lokale Erzeuger zu stärken und einen direkten Bezug zu Lebensmitteln herzustellen. Immerhin geben inzwischen 92 Prozent der Verbraucher in Deutschland an, beim Einkauf regionale Lebensmittel zu bevorzugen.

Die regionale und kulturelle Identität bietet gemeinsam mit einer attraktiven, landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft großes Potential für eine touristische Nutzung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz wollen zur Verhinderung agrarindustrieller Entwicklungen die mittelständischen Strukturen stützen und in Erfüllung der EU-Lissabon-Strategie zur Wahrung der Lebensqualität für unsere BürgerInnen in Stadt und Land die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Einkommenspotentiale sichern. Die rot-grüne Landesregierung von Rheinland-Pfalz unterstützt daher die heimischen Bäuerinnen

und Bauern - vom Obst- und Gemüseanbau über den Weinbau bis hin zur Milch- und Rindfleischherzeugung – dabei, die nachhaltigen und verbraucherorientierten Nachfragepotentiale für regionale, saisonale und ökologische Produkte besser zu erschließen. Sie hat sich deshalb bei der EU und auf nationaler Ebene mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die EU-Fördermittel zukünftig stärker umgesteuert werden – für den sozial-ökologischen Wandel, also Investitionen in einem Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Sie setzt sich dafür ein, die nachhaltige Erzeugung von Bioenergie als unverzichtbaren Bestandteil der Energiewende trotz der durch die aktuelle EEG-Reform erschwerten Rahmenbedingungen als ein weiteres wirtschaftliches Standbein für Landwirtschaft und den ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz zu erhalten und weiterzuentwickeln.

3. Ernährung sichern: Global denken, regional handeln

Trotz der steigenden Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln, hat ein Großteil unserer Industrie nicht den heimischen Markt im Auge. Die deutschen Agrarexporte haben in den vergangenen zehn Jahren kräftig angezogen. Der Erlös verdoppelte sich nahezu von 33,8 Milliarden Euro im Jahr 2004 auf 64,2 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Für 1,2 Mrd. Euro hat Deutschland Agrarprodukte in die USA exportiert – im Gegenzug für 2 Mrd. Euro Agrarprodukte importiert.

Doch die einseitige Orientierung auf die Weltmärkte statt auf den kaufkräftigen europäischen Binnenmarkt zu setzen, schadet durch den Preisdruck nicht nur der heimischen, bäuerlich und mittelständisch geprägten Land- und Ernährungswirtschaft in Rheinland-Pfalz, sie zerstört auch die kleinbäuerlichen regionalen Erzeuger- und Vermarktungsstrukturen in Schwellen- und Entwicklungsländern, die mit ihren Produktionskosten nicht gegen Dumpingpreise Stand halten können.

Obwohl heute so viel Lebensmittel wie noch nie zuvor produziert werden, leiden aufgrund von Verteilungsungerechtigkeit, Kriegen, Armut einer verfehlten Welthandelspolitik fast eine Milliarde Menschen an Hunger. Und die Mehrheit von ihnen lebt auf dem Land. Wir GRÜNEN stehen dafür, dass das Recht auf Nahrung und auf sauberes Wasser ebenso wie die Millenniumentwicklungsziele umgesetzt wird. Das bedeutet auch, auf solche Ex- und Importe von Agrarrohstoffen und Lebensmitteln zu verzichten, die zu Lasten der Versorgung der Menschen mit guten Lebensmitteln und sauberem Wasser, einer nachhaltigen Landwirtschaft, der Umwelt und der Tiere gehen. Stattdessen wollen wir hier wie dort regionale Wertschöpfungsketten stärken. Vor dem Hintergrund von Hunger und Mangelernährung und angesichts der Notwendigkeit, unsere begrenzten natürlichen Ressourcen zu schonen, ist die hohe Lebensmittelverschwendung nicht länger hinnehmbar. Allein in Deutschland werden 11 Millionen Tonnen Lebensmittel pro Jahr weggeworfen. Pro Kopf sind das 81,6 kg Nahrung, die im Müll landet, umgerechnet 235 € im Jahr. Ein Großteil davon könnte verhindert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Retten von Lebensmitteln entkriminalisiert wird, die rechtlichen Rahmenbedingungen für Initiativen wie z.B. foodsharing verbessert werden und fordern eine Reform des Mindesthaltbarkeitsdatums.

4. Gesundheit erhalten statt Fehlernährung finanzieren

Eine gesunde und nachhaltige Ernährung spart erhebliche Gesundheitskosten und verhindert viel Leid, das durch Übergewicht und daraus resultierenden Erkrankungen wie Herz-Kreislaufleiden oder Diabetes entsteht. Bereits heute sind ernährungsbedingte

Krankheiten für fast zwei Drittel aller Leistungen und Kosten im Gesundheitssystem verantwortlich. Seit 2012 liegen die Gesundheitskosten über 300 Milliarden Euro pro Jahr – und sie haben sich binnen 20 Jahren verdoppelt. Laut WHO sind Übergewicht und Adipositas und eine ungesunde Ernährung und Bewegungsmangel für 80 % der Zunahme der Fallzahlen bei Diabetes verantwortlich.

Auch 15% der Kinder und Jugendlichen zwischen 3 und 17 Jahren - also 1,9 Millionen in Deutschland - sind übergewichtig, ein Drittel davon adipös. Im Vergleich zu den Jahren 1985 bis 1999 ist der Anteil der Übergewichtigen um 50% gestiegen, der Anteil der adipösen sogar um 100%. Die Zahlen für Rheinland-Pfalz aus den Schuleingangsuntersuchungen 2012/2013 sind kaum besser: 10% der 6 - 7 Jährigen haben Übergewicht einschließlich Adipositas. Neben den sozialen Belastungen und dem individuellen Leid haben diese Kinder mit gesundheitlichen Folgeschäden zu kämpfen. Kein Kind kann leistungsfähig für die Bildung sein, wenn es nicht gut ernährt und gesund, sondern müde und abgeschlagen ist. Die Einkommens-schere in Deutschland geht immer weiter auseinander. Die Folgen dieser wachsenden Verarmung treffen vor allem die Kinder. Neben einer sozialen Ausgrenzung reicht das Familienbudget häufig nicht aus für eine ausreichende, ausgewogene und abwechslungsreiche Ernährung, die Entwicklung einer Ernährungskompetenz bleibt oft auf der Strecke.

Lebensweise und Esskultur werden in der Kinderzeit geprägt und heute sind die meisten Kinder und Jugendlichen auf eine Mittagsverpflegung außerhalb des Elternhauses angewiesen. Ein Großteil der Kinder kommen sogar ohne Frühstück in Kitas und Schulen. Deshalb legt GRÜN hier einen klaren Schwerpunkt. Kita- und Schulessen sowie Ernährungsbildung sind wichtige Schlüssel, um die Versorgung zu verbessern, die Fertigkeiten im Umgang mit der Ernährung wieder zu lernen, Wertschätzung für leckeres und gesundes Essen zu steigern, die Besonderheiten von regionalen, ökologisch erzeugten und saisonalen Produkten zu vermitteln sowie die individuellen und globalen Auswirkungen verschiedener Ernährungsstile zu verdeutlichen. Die Realität sieht aber anders aus. Das Schulessen eines Großcaterers hat im Herbst 2012 die größte lebensmittelbedingte Krankheitswelle in der Bundesrepublik Deutschland ausgelöst: Über 11.000 Kinder und Jugendliche erkrankten nach dem Verzehr von mit Noroviren verseuchten Tiefkühlerdbeeren aus China an Brech-Durchfall.

Laut einer Studie zur Kita-Ernährung wird der „DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder“ von vielen KiTas nicht berücksichtigt. So bieten nur etwa die Hälfte der KiTas in Deutschland täglich Gemüse zum Mittagessen an. In 46 % der untersuchten KiTas steht dagegen zu viel Fleisch und Fleischerzeugnisse auf dem Speiseplan. Der für ein KiTa-Essen durchschnittlich zur Verfügung stehende Betrag von 2,40 € reicht nach Modellrechnungen nicht aus, um ein ausgewogenes Mittagessen anzubieten.

Prävention beginnt also beim Essen und bei mehr Bewegung. Deshalb ist gerade hier eine neue, eine grüne Ernährungs- und Gesundheits-Politik gefragt, die Hand in Hand mit sozialen und integrativen Ansätzen arbeitet.

5. VerbraucherInnen schützen, Wissen, was drin ist:

Im Wasser, Getränken und Lebensmitteln, die wir täglich konsumieren, finden sich immer wieder schädliche Rückstände von Pestiziden, Medikamenten oder anderen Substanzen, die im Produktionsprozess oder durch Verpackungen oder andere Lebensmittelbedarfsgegenstände eingetragen werden.

Die aktuelle Problematik von multiresistenten Keimen (MRSA, ESBL) durch mißbräuchliche Antibiotikaeinsätze in der Intensivtierhaltung und auf dem dort produzierten Fleisch stellt eine ernst zu nehmende Gefahr für die menschliche Gesundheit dar.

Gute, gesunde Lebensmittel dürfen kein Privileg der wohlhabenden, gebildeten Schichten sein. Darum bedarf es klarer gesetzlicher Vorgaben und Überwachung, um den Einsatz von Antibiotika und Pestiziden zu reduzieren und Belastungen mit Schadstoffen zu verhindern. Verbraucherinnen und Verbraucher haben zudem das Recht, auf einen Blick zu erkennen, was drin ist und ob das Lebensmittel ihren Vorstellungen zur Erzeugung entspricht. Darum setzen wir Grüne uns für die Einführung einfacher Kennzeichnungssysteme wie der Nährwertampel und einfache Tierhaltungslabel ein, z. B. nach dem Vorbild der Kennzeichnung von Frischeiern, sowie für eine Kennzeichnung, die den ökologischen Fußabdruck eines Produktes verdeutlicht. Außerdem setzen wir uns für eine verpflichtende Kennzeichnung ein, die klarstellt ob in einem Lebensmittel tierische Produkte enthalten sind oder bei dessen Produktion zum Einsatz kommen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen,

- die klare Besetzung und politische Entwicklung des Themas Ernährung, was sich nicht zuletzt durch die erstmalige Benennung eines "Ernährungsministeriums" in Rheinland-Pfalz zeigt,
- das ambitionierte Klimaschutzgesetz von Rheinland-Pfalz, das die Ursachen der immer stärkeren klimawandelbedingten Schäden (Erosion durch Sturzregen, Ernteaussfälle durch Trockenheit oder invasive Schädlinge etc.) bekämpfen soll,
- die Einführung des Programms "Gewässerschonende Landwirtschaft" und die weiteren vielfältigen Bemühungen der Landesregierung zur Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden, Nitrat und Schadstoffen, um unser Grundwasser, Mensch und Umwelt zu schützen,
- den Beitritt zum europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen 2013, die Unterstützung des Opt-Out aus der agrogentechnischen Anwendung und t das klare Bekenntnis der Landesregierung für Gentechnikfreiheit,
- den Einsatz der Landesregierung für ökosystemare Leistungsträger wie beispielsweise Bienen: 80 Prozent unserer heimischen Wild- und Nutzpflanzen sind auf ihre Bestäubung angewiesen. Deshalb fördert die Landesregierung zum Beispiel die Anlage von Blühstreifen am Ackerrand, vielfältige Fruchtfolgen und den ökologischen Landbau und setzt sich auf Bundesebene gegen den Einsatz bienenschädlicher Pestizide und für ein Anbauverbot gentechnisch veränderter Pflanzen ein. Das Umwelt-Bildungsprojekt „Bienen machen Schule“ gibt den Schulkindern in Rheinland-Pfalz praktische Einblicke in das Leben und die Leistung der kleinen Tiere. Es schafft ein Bewusstsein bei den „Verbrauchern von morgen“ für die Zusammenhänge über die Produktion unserer Nahrungsmittel und die damit verbundene Notwendigkeit, die Artenvielfalt in unserer Agrar- und Kulturlandschaft zu erhalten und zu fördern.
- die diversen Anstrengungen der Landesregierung, das Thema Streuobst in seiner

Bedeutung für Bienen, Natur und Landschaft voranzutreiben, und mit der Unterstützung von verschiedenen Förderprogrammen zu einem Zuwachs der Fläche von Steuobstäckern und –wiesen beizutragen,

- die großen und erfolgreichen Bemühungen der Landesregierung im Zuge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik auf EU- und nationaler Ebene die Agrarförderung grüner und gerechter zu gestalten, beispielsweise durch die Umverteilung der Agrarförderung zugunsten bäuerlicher landwirtschaftlicher Betriebe und entschieden die weitere nachhaltige Entwicklung bei dem Überprüfungstermin „mid-term-review“ voranzubringen,
- die erfolgreiche Förderung des ökologischen Landbaus mit einem wirksamen Maßnahmenmix aus Agrarförderung, Beratung, Forschung sowie Unterstützung für Verarbeitung und Vermarktung, die in 2013 zu einem Anstieg der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Rheinland-Pfalz um 20 Prozent geführt hat,
- die Anstrengungen des Landes, mit dem Programm für Schulobst- und –ernährung nicht nur zur gesunden Ernährung möglichst vieler Kinder und Jugendlicher beizutragen, sondern ihnen auch etwas über Landwirtschaft und Lebensmittel zu vermitteln,
- die Verknüpfung von Ernährungsinitiativen und Ernährungsbildung, zum Beispiel über die Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“ des Ernährungsministeriums, um nicht nur die Beratungsleistungen in der Gemeinschaftsverpflegung zu verbessern, sondern auch eine neue Form der Bürgerbeteiligung und Ernährungsbildung zu ermöglichen. Durch den "Kochbus" kommt das Ministerium auf Märkten, in Schulen oder Veranstaltungen zu den Bürgerinnen und Bürgern des Landes.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern,

- **Klima- und Biodiversitätsschutz als Querschnittsaufgabe konsequent in die Agrar- und Ernährungspolitik zu integrieren und dazu**
- die Förderung von Agrarumwelt- und klimaschutzmaßnahmen sowie des ökologischen Landbaus im Programm zur ländlichen Entwicklung EULLE weiter auszubauen und Maßnahmen zu entwickeln, um die Bewirtschaftung von Grünland wirtschaftlich attraktiver zu machen und den Grünlandumbruch zu stoppen,
- die Ziele des Klimaschutzgesetzes in der Agrar- und Ernährungs- sowie der Agrar-Handelspolitik zu verankern im Rahmen der anstehenden Novelle der EU-Saatgutverordnung dafür einzutreten, dass Saatgutvielfalt und ökologische Züchtungsarbeit aktiv gefördert und nicht als Nische jede Entwicklungsmöglichkeit beschnitten wird sowie zugleich die Monopolisierung im Bereich Saatgut gestoppt wird, ,
- die heimische Kultursortenvielfalt sowie den Erhalt von regionalen Sorten und Kulturlandschaftselementen wie z.B. Streuobstwiesen durch geeignete Fördermaßnahmen im Bereich der Erzeugung und der Vermarktung zu

unterstützen,

- die Einführung einer Pestizidabgabe zur Finanzierung eines Pestizidreduktionsprogramm und einer besseren Überwachung sowie zur Erforschung der gesundheitlichen und ökologischen Folgen der Pestizidanwendung auf Landes- und Bundesebene zu prüfen,
- eine nachhaltige und dezentrale Bio-Energie-Erzeugung im Einklang mit dem Natur-, Umwelt- und Bodenschutz zu unterstützen,
- Informationskampagnen und Verbraucherbildung zu den ökologischen und sozialen Folgen unserer Lebensmittelerzeugung und unseres Konsumverhaltens auszubauen und den „Ökologischen Fußabdruck“ transparent zu machen und
- über Bundesrats-Initiativen dafür einzutreten, die EU-Nachhaltigkeits-Verordnungen für Biomasse-Importe auf weitere Anwendungsbereiche wie Futter- und Nahrungsmittel zu erweitern.

Die Rahmenbedingungen für die klima- und umweltgerechte landwirtschaftliche Erzeugung guter Lebensmittel zu verbessern und dazu

- auf europäischer und nationaler Ebene weiterhin für eine konsequente Agrarpolitik zu Gunsten von bäuerlich-mittelständischen, nachhaltig wirtschaftenden Betrieben zu kämpfen,
- im Interesse von Landwirtschaft, Verbrauchern und Umweltschutz die europäische Bürgerinitiative gegen den Abschluss von Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta) und USA (TTIP) zu unterstützen. Rheinland-Pfalz darf keinem Abkommen zustimmen, das das bewährte Vorsorgeprinzip untergräbt und Regelungen zu einem Investor-Staat-Schiedsverfahren sowie zu einer Informationspflicht der Gesetzgeber gegenüber dem Vertragspartner über Gesetzesvorhaben und Entscheidungen, bevor das EU-Parlament oder Mitgliedsstaaten informiert sind – enthält.
- im Sinne der gentechnikfreien Lebensmittelproduktion für die Nutzung nationaler Anbauverbote für in Europa zugelassene GVOs (opt-out) sowie eine Verschärfung des EU-Zulassungsverfahrens einzutreten,
- im Sinne der rheinland-pfälzischen Milchviehhaltung auf europäischer Ebene für die Entwicklung und Einführung einkommenswirksamer Instrumente für Krisensituationen einzutreten,
- die Wettbewerbsfähigkeit der tiergerechten Erzeugung durch die Förderung entsprechender Stallbauten, Vermarktungsunterstützung und Verbraucherinformation einerseits und strengere ordnungsrechtliche Vorgaben für die Intensivtierhaltung beispielsweise im Bereich des Tiermedikamenten- oder des Düngerechts andererseits zu stärken,
- die erfolgreiche Unterstützung zum Ausbau des ökologischen Landbaus fortzuführen, um die steigende Nachfrage nach ökologischen Produkten regional bedienen zu können sowie die Vorschläge der EU-Kommission zur grundlegenden Veränderung der rechtlichen Basis des Ökolandbaus abzulehnen,

- eine auf Nachhaltigkeit orientierte Agrarforschung in den europäischen, Bundes- und Landesforschungsprogrammen stärker zu berücksichtigen,
- die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand zu nutzen und mehr regionale, faire und ökologische Produkte im Rahmen der öffentlichen Beschaffung von Land und Kommunen einzusetzen.

Die Ziele des Rechts auf Nahrung und sauberes Wasser auch lokal umzusetzen und dazu

- Ernährungssicherheit und soziale Gerechtigkeit gemeinsam und nicht unabhängig voneinander zu denken,
- die Importe von GVO-Futtermitteln, deren Anbau weitreichende ökologische und soziale Folgen in den Anbauländern hat, zu reduzieren und den Anbau heimischer Eiweißfuttermittel mit Forschung, Beratung und Förderung zu stärken,
- die Verschwendung sowohl von Produktionsgrundlagen wie Böden und Wasser als auch von Lebensmitteln durch geeignete Maßnahmen wie Information, Beratung oder Änderung gesetzlicher Vorgaben auf allen Ebenen vom Erzeuger bis zum Verbraucher zu verringern und die Dialogreihe "Lebensmittel wertschätzen - Verschwendung stoppen" fortzuführen,
- eine gesunde Verpflegung aller Kinder und Jugendlichen – unabhängig der finanziellen Situation der Eltern – in den Kitas, Kindergärten und Schulen zu fördern und
- Kampagnen wie den „Veggy-Day“ der entwicklungspolitischen Gruppen und des Nabu zu stützen.

VerbraucherInnen schützen, Transparenz schaffen, Verbesserung der Ernährungsgrundlagen und -kompetenz und dazu

- ein Konzept für ein umfassendes einfaches Informationssystem mit Labeln, Apps und Portalen (bzgl. Tierhaltung, Regionalität, Herkunft, Klima, Futtermittel, Agrogenetik, Nano, Allergien, Ampelsystem für Fett, Zucker, Salz etc.) zu entwickeln, das bisherige komplizierte Ansätze ablöst oder sinnvolle Lösungen ergänzt;
- die bestehende Eierkennzeichnung auf verarbeitete Lebensmittel auszuweiten und eine Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch zu entwickeln,
- Verbrauchertäuschung durch irreführende Werbung und Verpackungen, die ländliche Idylle vorgaukeln oder bei sog. Kinderlebensmitteln, zu unterbinden,
- über den Bundesrat auf ein Verbot von krebserregenden Stoffen in bedruckten Lebensmittelbedarfsgegenständen hinzuwirken,
- die Schadstoffe in Boden, Wasser und Lebensmitteln konsequent zu reduzieren, Ursachen zu beseitigen und eine effiziente Überwachung zu gewährleisten,
- gegenüber der Bundesregierung dafür einzutreten, dass die Ernährungsvorsorge im Rahmen des geplanten Präventionsgesetz besonders berücksichtigt wird,

- sich für die Fortführung der Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Schul-/Kita-Vernetzungsstelle in Rheinland-Pfalz einzusetzen,
- Bündnisse zwischen Kantinen mit der Gastronomie sowie Netzwerke wie die PEP zu unterstützen,
- mittelfristig die DGE-Qualitätsstandards für gutes Essen in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung wie z.B. Kindertagesstätten (Kitas), Schulen und Altenheime verbindlich einzuführen,
- die Angebote zur Ernährungsbildung an Kitas und Schulen weiterzuentwickeln und zu stärken, damit das Bewusstsein für eine gesunde, nachhaltige Ernährung von Beginn an mitwächst,
- Kommunen bezüglich der lokalen Umsetzung der angestrebten Ernährungspolitik in ihren Einrichtungen durch die Bereitstellung von Informationen und entsprechendem Begleitmaterial, Veranstaltungskonzepten zu unterstützen z.B. im Rahmen der Kampagne „Rheinland-Pfalz is(s)t besser“,
- die Bundesregierung auffordern, das einzige Bundes-Forschungs-Institut für Kinderernährung in Dortmund nicht zu schließen, sondern zu stärken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehen mit gutem Beispiel voran:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es wichtig, auf ihren Veranstaltungen eine Verpflegung anbieten zu können, die unseren Zielen für eine gesunde Ernährung und einer ökologischen und fairen Erzeugung derselben entspricht, daher werden alle Veranstaltungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz vegetarisch, wenn möglich vegan, biologisch, fairtrade, regional und saisonal, verpflegt.

Wir setzen uns außerdem auf kommunaler Ebene dafür ein, dass bei der öffentlichen Ausschreibung von Caterern für Bürgerhäuser, Stadthallen und Gemeindehäuser, darauf geachtet wird, dass Caterer biologisch erzeugtes, vegetarisches und möglichst auch veganes Essen anbieten und bei der Produktauswahl auf regionale ErzeugerInnen und Fairtrade achten.